

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 141 (1975)

Heft: 9

Artikel: Zur politischen Strategie der extremen Linken

Autor: Schöttli, Urs

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-49608>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur politischen Strategie der extremen Linken

Urs Schöttli

Die Bildung von Soldatenkomitees und die Durchführung von oftmals ferngesteuerten Massenstreiks in Rekrutenschulen sind zweifellos die ersten Anzeichen einer neuen Strategie, mit welcher die extreme Linke (siehe Anmerkung am Schluß) unsere Armee und unseren Staat zu diskreditieren sucht. Der nachstehende Aufsatz unternimmt es, den theoretischen Hintergrund dieser Aktionen zu durchleuchten. Der Autor geht von der Ansicht aus, daß ohne Kenntnis dieser Grundlagen eine wirksame Bekämpfung der destruktiven Agitation gegen unsere Armee und gegen unseren Staat nicht möglich ist.

Demokratie und Demokratisierung

Besonders beliebt bei der extremen Linken ist die Entgegensetzung von inhaltlicher und formaler Demokratie. Damit soll aufgezeigt werden, daß im bürgerlichen «spätkapitalistischen» Staat das Verfassungsrecht nicht mit der Verfassungswirklichkeit übereinstimmt, daß die demokratische Staatsform nur zur Bemäntelung des Machtmonopols des Kapitals dient.

Ein weiteres Mittel, das Versagen der bürgerlichen Demokratie zu beweisen, ist die Ausschöpfung aller politischen Rechte bis zur äußersten Grenze und mit maximaler Intensität. Ordnungsvorschriften, die für ein geregeltes Zusammenleben in jedem Gemeinwesen notwendig sind, werden als pure Machtinstrumente der herrschenden Klasse diskreditiert. Durch Verunglimpfung von personellen und institutionellen Autoritäten wird unter der Bevölkerung in zunehmendem Maße eine Verunsicherung erzeugt. Reagieren die Behörden auf Verstöße gegen die öffentliche Ordnung hart, so wird von der extremen Linken voll Genugtuung die Entlarvung der bürgerlichen Demokratie verzeichnet; fällt die Reaktion zurückhaltend aus, so entsteht ein Freiraum, der von der extremen Linken in zunehmendem Maße ausgebaut wird und der schließlich zu einer Relativierung des Begriffes der Legalität führen kann.

Eine weitere Folge des neuen Demokratieverständnisses ist die Forderung nach Demokratisierung nicht nur

des staatlichen, sondern aller Lebensbereiche. Auch hier mögen die entsprechenden Postulate formal vernünftig tönen. Mit einer bemerkenswerten Ausdauer und Konsequenz ist es in den letzten Jahren gelungen, die Begriffe «Demokratie» und «Demokratisierung» zu obersten Werten emporzustilisieren. Nur so ist es zu verstehen, daß in zunehmendem Maße die Kritik an diesen beiden Begriffen, die schon in den Staatstheorien der antiken griechischen Stadtstaaten aufgeführt wurde, verstummt ist. Dabei erhellt aus allen historischen – politischen und ökonomischen – Erfahrungen, daß die Methode der demokratischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung bei ihrer rücksichtslosen Anwendung gewichtige Mängel aufweist. So ist es nicht zu übersehen, daß die demokratische Entscheidungsstruktur nicht für alle gesellschaftlichen Bereiche die optimale ist, daß sie, auf außerstaatliche Gebiete angewendet, sehr wohl schädlich und der Freiheit des Individuums abträglich sein kann. Durch die Demokratie wird oft die Qualität einer fachbezogenen Entscheidung von Experten in die Quantität eines Plebiszits umgewandelt, wodurch der Manipulation und der Vereinfachung Tür und Tor geöffnet wird.

Was heißt Emanzipation?

Ein besonders beliebtes Schlagwort der extremen Linken ist der eigentlich der Aufklärung entstammende Begriff der Emanzipation. Für die geistige Tradition des Liberalismus ist die

Emanzipation ein positiver Wert. Es besteht deshalb die Gefahr, daß der moderne Emanzipationsbegriff ebenfalls in diesem Sinne verstanden und dementsprechend gefördert wird.

In grundlegendem Gegensatz zum traditionellen Liberalismus wird heute unter der Emanzipation allein die **Befreiung von**, nicht aber die **Befreiung zu** verstanden: «Der auf Sichbefreien verengte moderne Emanzipationsbegriff ist eher ein Rückfall in ein Denken, das Freiheit in bloßen Abgrenzungen und Unterlassungsansprüchen gegenüber Staat und Gesellschaft sieht ...»

Mit dieser negativen Einschränkung wird die ganze liberale Tradition zunichte gemacht, wonach die Freiheit im Staat eben in erster Linie Handlungsfreiheit, ja sogar Handlungspflicht ist. Dem Individuum steht die Freiheit nicht allein zum Zwecke der Unterlassung seiner Pflichten, sondern vor allem zum Zwecke des Handelns zur Verfügung. Evident wird diese Perversion des Emanzipationsbegriffs am Verhältnis der extremen Linken zur allgemeinen Dienstpflicht.

Die Gewalt der «Gewaltlosen»

Wohl das aktuellste Beispiel für die Veränderung von Begriffsinhalten findet sich beim Gewaltbegriff. Es ist nur ein vordergründiger Widerspruch, wenn sich dieselben linksextremen Gruppierungen, welche der Dienstverweigerung und der Abschaffung der Schweizer Armee das Wort reden, für die revolutionäre Gewalt einsetzen.

In der Differenzierung von bürgerlicher und revolutionärer Gewalt spiegelt sich die alte Unterscheidung von «gerechten» und «ungerechten» Kriegen wider, nur daß heute nicht kirchliche, sondern parteiideologische Instanzen über die «Gerechtigkeit» entscheiden.

Diese Relativierung des Gewaltbegriffes verunmöglicht es, von der extremen Linken zu irgendeinem Zeitpunkt eine glaubhafte Erklärung über ihre Solidarität zum Staat zu erhalten. Wohlverhalten gegenüber dem bürgerlichen Staat schließt gleichzeitig Vorbereitung eines gewaltsamen Umsturzes des bestehenden Systems nicht aus. Gewalt, wenn sie «für das Volk» angewendet wird, ist allein schon durch diesen Anwendungszweck «gut» und entbindet folglich von jeglicher Solidarität zum bürgerlichen Staat.

Während die eigene Bereitschaft zur Gewaltanwendung als «Mittel zur Befreiung» bezeichnet wird, werden die Abwehrmaßnahmen des bürgerlichen Staates – auch wenn sie bloß präventiver Natur sind (zum Beispiel Not-

standsgesetze) – als Repression qualifiziert.

Die Strategie der Systemüberwindung

An die Stelle der offenen Konfrontation mit dem bürgerlichen Staat ist in den letzten Jahren die Theorie der Systemüberwindung mit dem Marsch durch die Institutionen getreten. Dieser Wechsel in der Strategie hat die politische Auseinandersetzung mit der extremen Linken erschwert, indem der «offene» Kampf durch einen «verdeckten Guerillakampf» ersetzt wurde. Auch mit dem häufig strapazierten Begriff der «Subversion» ist dieser neuen Strategie nicht beizukommen; es handelt sich hier nicht um eine an der Grenze der Legalität befindliche Unterwanderung, sondern um konkrete erste Griffe nach der politischen Macht.

Die Theorie der Systemüberwindung äußert sich unter anderem in folgenden Konsequenzen:

– Wohlverhalten innerhalb der bestehenden Ordnung unter Beachtung der bestehenden Gesetze und unter maximaler Ausnutzung des zur Verfügung stehenden politischen Freiraums.

– Beteiligung an den Wahlen in die staatlichen Organe (Abkehr von der Idee der sogenannten «außerparlamentarischen Opposition»).

– Bejahung der Parteienvielfalt unter – vorläufigem – Verzicht auf das Einparteiendogma.

– Vermehrte Auseinandersetzung mit populären Alltagsproblemen, mit konkreten Mißständen, Abkehr von rein ideologischer Politik.

– Einzelne politische Aktionen gegen Mißstände werden von einem ständig erneuerten und erweiterten theoretischen Hintergrund begleitet, auf welchem das globale Scheitern des kapitalistischen Wirtschaftssystems und der freiheitlichen Demokratie bewiesen wird.

– Erfassung neuer sozial unterprivilegierter Schichten (Jugendliche, Alte, Outsider usw.) als Wählerschaft und Aktionsbasis. Abkehr von der primären Ausrichtung auf das Proletariat im engeren Sinne.

– Übernahme und gesellschaftskritische Verarbeitung der Postulate von an sich apolitischen, neoromantischen, industrietiefeindlichen Bewegungen.

Alle diese Ansätze zu einer scheinbaren Integration in die bestehenden politischen Verhältnisse und das vordergründige Bekenntnis zur demokratischen Reformpolitik sind jedoch dem alten Ziel der gewaltsamen Machtübernahme durch die «das Proletariat führende revolutionäre Avantgarde» untergeordnet.

Die Strategie der Systemüberwindung durch den Marsch durch die In-

stitutionen bedient sich – unter steter Berücksichtigung konkreter Einzelmaßnahmen – grundsätzlich zweier Wege zur Vorbereitung der Machtergreifung:

Stete Abwirtschaftung des bestehenden Systems

In der Gegenüberstellung einer gesellschaftspolitischen Utopie mit der Wirklichkeit des «spätkapitalistischen Systems» werden dessen Mängel um so gravierender. In beliebter Schwarz-Weiß-Malerei und durch den Aufbau neuer Idole und Werte wird der offensichtliche «Bankrott» der bürgerlichen Demokratie vor allem den politisch unerfahrenen jüngeren Generationen nahegelegt. Ferner wird, hauptsächlich im politischen und wirtschaftlichen Bereich, durch exzessive Forderungen der individuelle und kollektive Freiraum in der Gesellschaft mißbraucht und entweder mit anarcho-marxistischen Aktionen zerstört oder durch an sich unerwünschte Ordnungseingriffe, welche die staatlichen Organe im Interesse der Sicherheit der Bürger treffen müssen, entscheidend eingeschränkt.

Auch an sich positive Reformvorschläge der extremen Linken sind auf diesem Hintergrund zu sehen. Das läßt sich unter anderem damit beweisen, daß Reformen – nach der Theorie der extremen Linken – nur halbherzig mitgemacht und um des sozialen Images willen betrieben werden, da sie letztlich nur zur Konsolidierung des bestehenden Systems dienen. Die Reformbemühungen sind stets nur Bestandteil einer vorübergehenden Taktik, entspringen jedoch nie dem ernsthaften Interesse, durch Verbesserung der Situation die Überlebenschancen des demokratisch-freiheitlichen Systems zu erhöhen.

Vorbereitung der Basis für neue Machtpositionen

Der extremen Linken geht es, soweit sie sich als Kaderpartei versteht, beim Marsch durch die Institutionen konkret um die optimale Vorbereitung auf die Übernahme neuer Machtpositionen nach der Veränderung der Gesellschaft und der Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Demokratisierung und Mitbestimmung dienen als Deckmantel für die elitäre Verengung der Machtpositionen auf die Führungsgremien der extremen Linken. Das gleiche gilt für das Bekenntnis zum Pluralismus und zu den demokratischen Formen der Politik. Daß es sich hier nur um eine Fassade vor der eigenen kalten Machtpolitik

handelt, beweisen unter anderem die vielfältigen psychischen Druckmittel, die zur Einschüchterung und Diffamierung Andersdenkender verwendet werden (vergleiche Angriffe gegen Exponenten der Armee).

Der deutlichste Beweis dafür, daß der Marsch durch die Institutionen nur auf «kaltem Wege» die eigene Machtübernahme vorbereiten soll, geht einerseits aus der besonderen Verpflichtung der extremen Linken auf die Ideologie des Marxismus-Leninismus, andererseits aus dem spezifischen Verhältnis zum bürgerlichen Staat hervor. Dieses zeigt sich vor allem in der Engelschen Theorie vom «natürlichen Absterben des Staates».

So erhebt sich schließlich jene Frage, die sich jeder, der in der Auseinandersetzung mit der Agitation gegen die Armee steht, stellen muß: Kann man von einer politischen Ideologie, deren Grundlage auf der These beruht, daß der Staat das Produkt der Klassengegensätze und deshalb nach Verwirklichung der Diktatur des Proletariats zwangsläufig zum Absterben verurteilt ist, erwarten, daß sie sich auch nur in beschränktem Maße zu einer Solidarität mit dem bestehenden demokratisch-freiheitlichen System verpflichten läßt?

Anmerkung

Unter der extremen Linken verstehen wir in diesem Aufsatz jene politischen Kräfte, die auf der Basis des Marxismus-Leninismus beziehungsweise des Trotzismus oder Maoismus das demokratisch-freiheitliche System bekämpfen und nach dem Umsturz der bestehenden Demokratie den Pluralismus der Parteien und politischen Gruppierungen durch die «Diktatur des Proletariats» ersetzen wollen. Die extreme Linke zeichnet sich im Gegensatz zur demokratischen Linken durch eine elitäre Verachtung des Volks, durch eine Reduzierung des mündigen Bürgers zum Massenmenschen aus, der sich im Interesse eines künftigen «Heilzustandes» unter die Führung einer revolutionären Avantgarde begeben muß, die bereits heute weiß, was «richtig» und was «gut» ist. Selbstverständlich würden die Bemerkungen dieses Aufsatzes auch für die extreme Rechte gelten, die beispielsweise durch die Abschaffung des Parlaments und durch die Errichtung des Ständestaats den mündigen Bürger ebenfalls unter die Leitung einer Führungsgruppe stellen will, welche das «wahre Heil» der Menschheit erkannt hat.

Daß der Aufsatz vor allem auf die extreme Linke Bezug nimmt, hat seine Ursache in der heutigen politischen Situation, in welcher die Angriffe gegen die freiheitliche Demokratie nahezu ausschließlich aus dem Lager der Linksextremisten kommen. Diese Einschränkung gilt um so mehr, als wir uns hier mit Fragen der aktuellen politischen Theorien befassen und auf diesem Gebiet die extreme Rechte, sofern sie vorhanden ist, keine beachtenswerten neuen Werke vorzuweisen hat. ■